

Deutschland ist über die Affäre Wulff uneins. Es geht im Grunde um die Frage, was die Bürger von ihren politischen Amtsträgern erwarten sollen

## Der Politiker als Vorbild?

31. Januar 2012, Gerd Held

Die Affäre Wulff wird so leicht kein Ende finden. In der Tat ist das, was wir inzwischen über die Verfehlungen von Christian Wulff wissen, mehr als ärgerlich. Gravierend ist vor allem die Kleinlichkeit der Vorteilssuche. Der geldwerte Vorteil war gar nicht so groß, aber die Tatsache, dass der Vorteil so sehr im Privaten gesucht wird, befremdet. Man vermisst die Sensibilität und das Stilgefühl für die Öffentlichkeit des Amtes. Dem französischen Präsidentenehepaar verzeiht man den teuren Blumenschmuck, mit dem es Woche für Woche den Elysée Palast ausstaffieren lässt; dem Ehepaar Wulff verzeiht man seinen Einfamilienhaus-Deal nicht, weil ihm die Ansehnlichkeit unser Staatswesens ganz fernliegt. Und die „Mailbox-Affäre“ zeigt einen fatalen Hang, auf informelle Wege und Beziehungen zu bauen. Das sind Verfehlungen, die niemand einfach übergehen kann.

Und doch löst die Penetranz, mit der diese Affäre immer weiter getrieben wird, ein skeptisches Gefühl aus. Ist die Verurteilung Christian Wulffs nicht allzu pauschal? Ist manche Kritik nicht allzu selbstgerecht? In der Substanz handelt es sich - nach allem, was wir wissen - nicht um Gesetzesbrüche; der finanzielle Umfang der Vorteilsnahme ist relativ gering und eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen ist eher unwahrscheinlich. Keineswegs geht es also um eine „neue Dimension“ politischer Korruption und Vetternwirtschaft. Die Eigenart dieser Affäre besteht gerade darin, dass sie sich von kleinsten Anfängen auf eine fast magische Weise immer höher geschraubt hat.

Kurzum, es gibt eine Unverhältnismäßigkeit dieser Affäre, die nachdenklich stimmt. Wenn Wulff so dämonisiert wird und wenn die Sache zu „der“ deutschen Politikaffäre gesteigert wird, dann muss etwas anderes im Spiel sein als die reinen Tatsachen. Es geht um einen bestimmten moralischen Maßstab, der in der Politik Anwendung finden soll: Der Politiker soll Vorbild sein. Deshalb dreht die Affäre immer weiter und ist eigentlich nur mit der Maximalstrafe aufzuhalten, dem Rücktritt und Ende des Politikers Christian Wulff. Dieser zerstörerische Effekt war schon in anderen Affären zu beobachten, nun erreicht er eines der höchsten Ämter der Republik, den Bundespräsidenten. Dabei wird der Anspruch „Vorbild“ nicht im politischen Sinn richtiger Entscheidungen ins Feld geführt, sondern im Sinn einer exemplarischen Lebensführung und Biographie. Aber betroffen sein soll das Amt. „Glaubwürdig“, so ist die Annahme, sei ein Bundespräsident nur, wenn auch das Private höheren Ansprüchen folgt. Jedwede private Handlung, die nicht „sauber“ ist, soll als Makel der Amtsführung gelten. „Völlige Transparenz!“ lautet die Generalforderung unserer Tage. Doch merkwürdig: Je mehr das gefordert wird, umso mehr treten die politischen Entscheidungsprobleme in den Hintergrund. In der ganzen Affäre liest man nichts von der politischen Bilanz Wulffs. Immerhin zählt Niedersachsen zu den Aufsteigern im Konzert der Bundesländer und man kann dem ehemaligen Ministerpräsidenten keine nachlässige Regierung des Landes vorwerfen. Doch wenn erst einmal die Ersetzung von Politik durch Lebensführungsmoral eingerissen ist, zählt das offenbar nicht mehr.

Ist es wirklich klug, unsere Politiker unter ein besonderes moralisches Reinheitsgebot zu stellen? Oder ist es nicht weitsichtiger, in Kauf zu nehmen, dass sie in ihrer Lebensführung den einen oder anderen Makel aufweisen – wenn sie nur ihre Arbeit halbwegs gut machen? Es ist eine Erfahrung, dass herausragende Politiker, die etwas bewegt haben, in ihrer Persönlichkeit manchen problematischen Aspekt vorweisen – man denke an Franz Josef Strauß oder Willy Brandt.

Für eine Trennung von politischer und privater Sphäre sprechen auch tiefere Gründe, die mit unserer modernen Welt zu tun haben, und die nach wie vor aktuell sind: Erstens ist das Privatleben sehr vielfältig und unübersichtlich geworden. Familien sind weniger stabil, Biographien weisen Tiefpunkte und Brüche auf. Das Privatleben liefert nicht mehr das eine, allgemeingültige Vorbild. Wenn es aber den „Musterbürger“ nicht mehr gibt, dann sollten wir ihn auch nicht im Schloss Bellevue suchen. Zweitens gilt: Wird die Politik immer mehr an der privaten Lebensführung gemessen, so hätte das zur Konsequenz, dass die Lebensführung insgesamt immer stärker unter öffentliche Beobachtung gestellt würde. Gerüchte, Verdächtigungen und intimste Bespitzelungen würden sich ausbreiten. Diese Politisierung des Privaten würde unserer Freiheit nicht gut tun. Zum Dritten trifft „Vorbild“ nicht das, was wir in Zeiten, wo schwierige politische Entscheidungen zu treffen sind, dringend brauchen. Gebraucht wird ein Politikertypus, der über ein sicheres Maß für die Möglichkeiten und Grenzen unseres Staatswesens und unserer Wirtschaft verfügt. Dies Maß kann er nicht aus seinem Privatleben schöpfen. Zugleich muss er etwas durchboxen können. Er muss feilschen, taktieren und auch einmal rücksichtslos sein. Mit einem Wort, gebraucht werden Berufspolitiker mit Linie und Stehvermögen. Auch der Bundespräsident sollte nicht als Repräsentant der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat verstanden werden, sondern als professioneller Akteur in einer von der Verfassung festgelegten Rolle in diesem Staat.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, dass die Forderung nach einer moralischen „Vertiefung“ des Politischen und die Verurteilung des vordergründig-kühlen „politischen Geschäfts“ geschichtlich belastet sind. Hier schwingt ein Vorbehalt gegen die „oberflächliche“ westliche Moderne mit – dieser Vorbehalt nährte schon mehrmals sehr törichte deutsche Überlegenheitsgefühle gegenüber seinen Nachbarn. Auch deshalb sollten wir eher vorsichtig von unserem moralischen Zeigefinger Gebrauch machen. Sollte unser Land es nicht schaffen, die Krise um den Bundespräsidenten pragmatisch einzuhegen, wäre das ein schlechtes Vorzeichen – auch für die deutsche Politikfähigkeit in Europa.

Man kann also die Verfehlungen Christian Wulffs durchaus gravierend finden und doch – aus übergeordneten Gründen - gegen eine weitere Vertiefung dieser Affäre sein. Gewiss reizt der ganze Verlauf dazu, ungeduldig zu werden. Doch sollte man pragmatisch fragen: Wird man durch einen Rücktritt wirklich eine bessere politische Führung bekommen? Gewiss kann man einwenden, dass Christian Wulff nach dieser Affäre einfach nicht mehr Gehör finden wird und deshalb zurücktreten sollte. Ja, da steht noch einiges bevor. Aber in Krisensituationen könnte auch Ausharren die Tugend sein, die am Ende bessere Führungskräfte hervorbringt als das schnelle Aussortieren jedes „Beschädigten“.

*(Manuskript vom 31.1.2012, veröffentlicht als Gastkommentar in der Tageszeitung SCHWÄBISCHE ZEITUNG am 6.2.2012)*